

Beschluss des Stadtrats

- öffentlich -

- einstimmig beschlossen -

Hochbau-Baupauschale 2007

- I. Der Stadtrat beschließt die Aufteilung der Hochbau-Baupauschale 2007 in der vom Bau- und Vergabeausschuss am 20.06.2006 beschlossenen Fassung unter Berücksichtigung der bei den Haushaltsberatungen getroffenen Änderungen.
Die Verwaltung wird ermächtigt, zwischen Bedarfsträger und Baudienststelle einvernehmliche Änderungen selbst vorzunehmen; hierüber ist im Bau- und Vergabeausschuss zu berichten.

II. Ref. II

Nürnberg, 23. November 2006

Der Vorsitzende:



(Dr. Maly)
Oberbürgermeister

Der Referent:



(Köhler)
Stadtkämmerer

Die Schriftführerin:



(Brinkmann)

Abdruck an:

- a) Ref. VI
- b) H

Änderungsanträge zur Hochbaupauschale

Antrag-Nr.	Antragsteller	Bezeichnung	Ansatz in EUR		Abstimmungsergebnis
			bisher	jetzt	
1	Verwaltung	Die Baupauschale wird um 200.000 EUR erhöht. Folgende Maßnahme soll zusätzlich aufgenommen werden: Sanierung von Schultoiletten	4.000.000,00	4.200.000,00	erledigt durch Beilage 6.1 Antrag Nr. 53

TISCHVORLAGE

FRAKTION DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION
IM STADTRAT ZU NÜRNBERG



Siehe nächstes Blatt

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg 21. NOV. 2006

Wolfgang Bauer des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 - 2307
Telefax: 09 11 / 231 - 4051
Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

II	III	IV
Zur Stellungnahme Zur Kl.	Zur Stellungnahme Zur Kl.	Zur Stellungnahme Zur Kl.
zur Entscheidung vorab entschieden vorliegen	zur Entscheidung vorab entschieden vorliegen	zur Entscheidung vorab entschieden vorliegen

mm / 20.11.06
Frieser/Regitz
P. Frieser

Stadtrat am 23./24.11.06 - Haushaltsberatungen: Bildungsstadt Nürnberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
für die CSU-Stadtratsfraktion stelle ich zur Behandlung in den Haus-
haltungen folgenden

Antrag:

1) Erhöhung des Ansatzes für ein Leitbild des Amtes für Realisier-
ten und Gymnasien (SchG) um 100.000,- €

Referat II	Referat I
21. NOV. 2006	
BSt	Ka
St	Sik

10.06.06
Fax: 2307

zunehmende Komplexität von Lebenszusammenhängen und die schnelle
Veränderung von Faktenwissen und Fertigkeiten im Umgang mit Medien sind
Herausforderungen, auf die Schule reagieren muss. Dazu gehören, neben
guten äußeren Rahmenbedingungen, auch pädagogisch-inhaltliche Weiter-
stellungen.

Von der Früherziehung bis zur Aus- und Weiterbildung brauchen wir beste
Bedingungen zum Lernen und Arbeiten, wenn der Standort Deutschland auch
für unsere Kinder und Jugendlichen noch Wirtschafts- und Arbeitsraum sein
soll.

Der Ballungsraum Nürnberg hat besondere Herausforderungen auf dem Ge-
biet der sprachlichen und sozialen Integration zu meistern. Die Haushaltsmeh-
rungen im Bereich Grund- und Hauptschulen haben zu einer Fülle von pädä-
gogischen Innovationen an Nürnbergs Schulen geführt. Bedarforientiert sollen
deshalb im Haushaltsjahr 2007 auch Realisierungen und Gymnasien unterstützt
werden, die insbesondere Projekte zur Sprachförderung und Integration, aber
auch profilbildende Projekte der jeweiligen Schule entwickeln möchten.

2) Erhöhung des Ansatzes für Mittelausstattung des Amtes für Be-
rufliche Schulen (SchB) um 100.000,- €

Schulische Bildung muss in enger Absprache mit der Wirtschaft gestaltet wer-
den mit dem Ziel, Jugendliche „ausbildungsfit“ zu machen. Berufsschulen
haben im Berufsvorbereitenden und berufsbegleitenden Bereich vielseitige
Aufgaben.

Um Ausbildung auf der Höhe der technischen Entwicklung zu ermöglichen,
sind moderne Maschinen und Geräte bereit zu stellen. Für Neuanschaffungen,
zeitnahe Ersatzbeschaffungen und ausreichend Materialien, die auch den
Lehrplananforderungen entsprechen, sind deshalb Mittelerhöhungen notwen-
dig.

Die ursprüngliche Modernisierungspauschale in Höhe von umgerechnet
767.000,- € wurde auf 480.000,- € gekürzt. Diese gekürzte Summe reicht nicht
mehr aus, um die Maschinen und Geräte der beruflichen Schulen, die mit
einem Vermögenswert von 30 Mio. € zu Buche stehen, auf dem Laufenden zu
halten und entsprechend den Lehrplananforderungen sowie der technischen
Entwicklung zu modernisieren.

Es ist dringend die ursprüngliche Höhe der Modernisierungspauschale
(767.000,- €) auf Dauer wieder herzustellen.

3) Mittelfristiger Investitionsplan (MIP): Erhöhung der EDV-
Pauschale an Schulen; um jährlich je 150.000,- € für 2007 bis 2010

Medienkompetenz ist heute ein wichtiger Faktor für berufliche Chancen und
für die Bewältigung des Alltags. Der Schule kommt deshalb bei der Vermittlung
von Medienkompetenz eine Schlüsselrolle zu.

Ziel ist, von der Grundschule bis zur beruflichen Weiterbildung Schüler fit zu
machen für den Umgang mit Computern und für computergestütztes Lernen.
Dazu gehören die Vermittlung der PC-Handhabung und die Unterweisung des
Computers als modernes Lern- und Arbeitsmittel.

Zeitgemäße Computerausstattung für aktuelle Lernsoftware inklusive Internet-
zugang, Wartung und Ersatzbeschaffungen sind für die derzeitigen Schüler
sicher zu stellen.

Um alle Schulen im Computerbereich entsprechend auszustatten, sind deshalb
mehr Mittel bereitzustellen.

zu Beilage 7.2.1
Anhang Nr. 36

zu Beilage 6.1
Anhang Nr. 16

11.11.2006 08:03 +49-911-2313578 S. 03/03
 21/11/2006 08:03 +49-911-2313578 S. 03/04
 21/11/2006 07:49 +49-911-2314851 S. 03/13

STADT NBB, REF. 1
 BGA
 CSU - FRAKTION

4) Erhöhung der Hochbaupauschale zweckgebunden um 200.000,- € zur Sanierung der sanitären Anlagen an Schulen

Schulen sind Lern- und Lebensraum von vielen Menschen. Untersuchungen bestätigen, wie wichtig äußere Rahmenbedingungen für das Lernen und Arbeiten sind und wie sie sich positiv auf das (Lern-) Verhalten der Schüler auswirken. Dazu gehören auch angemessene hygienische Maßnahmen. Die Toilettenanlagen an vielen Schulen sind seit langem renovierungsbedürftig. Die Mittelerhöhung und Zweckbindung der Hochbaupauschale soll dazu dienen, um hier an mehreren Schulen gleichzeitig in den Ausbau investieren zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Fricser
 Fraktionsvorsitzender

Beilage 7.1.3
Antrag Nr. 2

- erledigt durch Beilage 6.1
 Antrag Nr. 53 -